

HEUTE IM LOKALTEIL

Loslassen: Ursula Botta gibt die Thelemanns Buchhandlung auf

Richtigstellen: Bürgerrechtler debattieren mit Schülern

Wiederbeleben: Hetschburg hilft Gutendorf bei Kirchsanierung

Leben wie in einer ganz normalen WG

Neues Wohnprojekt beim Lebenshilfe-Werk

Weimar. Auf dem Weg zu einem Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung geht das Lebenshilfe-Werk Weimar/Apolda neue Wege. In attraktiver Wohnlage, in der Bertuchstraße und Schubertstraße, werden jetzt Wohngemeinschaften angeboten, in der Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt nebeneinander wohnen. Im Sinne des inklusiven Leitbildes für das Zusammenleben sind alle eingebunden in die Organisation der Wohngemeinschaft. Aufgaben wie Kochen oder Einkäufe werden, wie in einer WG üblich, von allen für die Gemeinschaft geleistet. Bewohner, die aufgrund ihrer Behinderung Unterstützung benötigen, erhalten diese durch ihre persönliche As-

sistenz. Leiterin Anja Fuchs ist stolz auf das Projekt: „Mit diesem Wohnkonzept wird eine neue Wohnform im Zusammenleben von Menschen mit und ohne Hilfebedarf ausprobiert.“ Durch die nichtbehinderten begleitenden Mitbewohner werden beispielsweise die Dienste „Wecken und Frühstück richten“ für die Bewohner mit Behinderung abgesichert. Die entlohnten Dienste eröffnen den Interessierten die Möglichkeit, damit einen Teil ihrer Miete zu finanzieren und durch den WG-Charakter ganz offen mit Menschen in Kontakt zu kommen, die zwar an einigen Stellen Hilfe brauchen, aber sonst genauso gespannt sind auf neue Begegnungen und Möglichkeiten.



Mit Bürgern der Stadt auf Tuchfühlung: Außenminister Frank-Walter Steinmeier (links) nutzte den Fototermin auf dem Theaterplatz für ein kurzes Gespräch mit Kindern und Erwachsenen. Foto: Maik Schuck

Steinmeier warnt vor einer Spaltung Europas

Weimarer Dreieck: Außenminister werben für friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts

■ Von Thorsten Bükler

Weimar. Angesichts der Ukraine-Krise warnte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vor einer Spaltung Europas. Nach zwei Weltkriegen und der Überwindung des Kalten Krieges dürfe es „Grenzkorrekturen, die zu neuen Konflikten führen, nicht mehr geben“, sagte Steinmeier zum Auftakt eines Treffens mit seinen Amtskollegen aus Frankreich und Polen.

Steinmeier warb am Montag bei einem Empfang im Deutschen Nationaltheater dafür,

sich auf die Werte des „Weimarer Dreiecks“ zu besinnen und im 21. Jahrhundert Konflikte friedlich zu lösen. „Das Weimarer Dreieck lebt“, betonte Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) vor mehr als 130 geladenen Gästen. Sie und Weimars OB Stefan Wolf (SPD) erinnerte an den Besuch Steinmeiers und seiner Kollegen Laurent Fabius (Frankreich) und Radoslaw Sikorski (Polen) in Kiew, wo Krisendiplomatie womöglich einen Bürgerkrieg verhindert habe.

Das „Weimarer Dreieck“ spiele wieder eine wichtige Rolle in Europa, wenn auch derzeit in leider schwierigen Zeiten, sagte Wolf. Die Stadt Weimar stehe für die klassischen Ideale eines friedlichen und menschenwürdigen Zusammenlebens, „sie steht aber auch für die Abgründe menschlichen Handelns, und – sie steht für jenes historische Wissen, dass Demokratie Mut und leidenschaftliche Anhänger braucht“, betonte der Oberbürgermeister.

Die Außenminister nutzten den Empfang, um vor allem mit

den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen: Mädchen und Jungen des Humboldtgymsiums und des Goethegymnasiums sowie Akteuren des Kinderzirkus' Tasifan zum Beispiel, die seit Jahren intensive Kontakte nach Polen und Frankreich pflegen.

Das Treffen der drei Außenminister findet im Rahmen des Gesprächsformats „Weimarer Dreieck“ statt, das es seit 1991 auf Außenminister-Ebene gibt. Später kamen Treffen der Staats- und Regierungschefs der drei Länder hinzu.

Hintergrund, Lokales

Ilona Mundlos soll jetzt Antwort geben

■ Von Kai Mudra

München/Jena/Eisenach. Der Donnerstag ist allein ihrer Zeugenaussage vorbehalten: Ilona Mundlos. Sie ist die Mutter eines der drei mutmaßlichen Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Ihr Sohn Uwe starb am 4. November 2011, als die Polizei in Eisenach nach einem Raubüberfall das Wohnmobil von Mundlos und Uwe Böhnhardt entdeckte hatte. Mundlos soll erst seinen Kumpanen und dann sich selber erschossen haben.

Am heutigen 100. Verhandlungstag wird ein weiterer Verfassungsschützer aus Thüringen aussagen. Rainer B. war einer von drei V-Mann-Führern des 2001 enttarnten NPD-Funktionärs Tino Brandt. Brandt hatte in der Anfangsphase der Flucht Kontakte zum untergetauchten Neonazi-Trio Mundlos, Böhnhardt und Beate Zschäpe. Auch mit seiner Hilfe wollte der Verfassungsschutz die Flüchtenden beispielsweise mit falschen Pässen versorgen, in der Hoffnung, dass diese so bei einer Grenzkontrolle gefasst würden.

Der Anklage zufolge soll das NSU-Trio auch bei Thomas R. etwa zwei Wochen genächtigt haben. **Landesspiegel**

Wutausbruch schadet Herz und Hirn

München. (dpa) Häufige Wutausbrüche können Herz und Hirn zu schaffen machen. Vor allem Menschen, die bereits an einer Herz- oder Gefäßerkrankung leiden, laufen Gefahr, dadurch einen Herzinfarkt oder Schlaganfall zu bekommen. Darauf weist Norbert Smetak vom Bundesverband Niedergelassener Kardiologen (BNK). Er beauftragte US-Forscher, denen zufolge das Risiko in den ersten 120 Minuten nach dem Wutausbruch am größten ist. Als Gegenmittel empfiehlt Smetak cholesterisch veranlagten Menschen Entspannungsverfahren und Sport. Dass Herz und Gefäße durch Wut belastet werden, erklärt Smetak so: Die intensiven Emotionen erhöhen schnell Herzfrequenz und Blutdruck. Zugleich verengen sich die Gefäße, und das Blut verdickt sich. Das kann dazu führen, dass sich ein Blutpfropfen bildet, der einen Herz- oder Hirninfarkt auslöst, weil er eine Ader verstopft.

GESICHT DES TAGES

Fromm Kurator im Kloster

Erfurt. (epd) Mit einem Gottesdienst im Erfurter Augustinerkloster hat die mitteldeutsche Kirche jetzt den früheren Hotelier Carsten Fromm ganz offiziell in sein neues Amt als Kurator der Lutherstätte eingeführt. Der Kurator des Klosters leitet und verantwortet die Tagungs- und Begegnungsorte und ist zuständig für den gesamten Klosterbereich. Fromm war zuvor Hotteldirektor.



DAS AKTUELLE URTEIL

Kein Geld für Scheinbewerber

Berlin. (dpa) Wer bei der Jobsuche etwa wegen seines Alters diskriminiert wird, kann klagen. Das geht nur, wenn die Bewerbung auch ernst gemeint ist. Wer sich ohne echtes Interesse auf eine diskriminierende Stellenanzeige

bewirbt, nur um vor Gericht eine Entschädigung zu erstreiten, handelt rechtsmissbräuchlich und geht leer aus.

i Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Aktenzeichen: 21 Sa 1380/13

WETTER-TELEGRAMM

Heute ist es wechselnd wolkg mit zeitweiligem Sonnenschein und es bleibt verbreitet trocken. Die Temperaturen steigen meist auf frühlingshafte 16 bis 18 Grad. Der Wind weht nur schwach. **Panorama**

AUCH DAS NOCH

Drei Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren haben zwei Pferde von einem Gnadenhof in Leipzig entführt. Wie die Polizei mitteilte, galoppierten die Mädchen auf dem Pony und dem Haflinger in Rich-

tung eines Baggersees. Die Besitzerin des Gnadenhofes bemerkte das Verschwinden ihrer Pferde und begab sich auf die Suche. Mit Hilfe von Passanten fand sie die Mädchen und rief die Polizei.

K+S: Kali-Vertrag bleibt geheim

Kasseler Konzern lässt Lieberknecht abblitzen – Kritik vom Koalitionspartner

Unterbreizbach/Erfurt.

(elo) Der Düngemittelkonzern K+S legt sich im Streit um die Offenlegung des geheimen Kali-Fusionsvertrages aus den 1990er Jahren mit der Landesregierung an. Es sei damals Geheimhaltung vereinbart worden. Das bedürfe keiner Rechtfertigung, sagte K+S-Vorstandschef Norbert Steiner gestern während eines

Besuches von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) im Kali-Werk Unterbreizbach (Wartburgkreis).

Auch bei der Kostenübernahme für die Beseitigung von Altlasten des DDR-Kali-Bergbaus bleibt K+S stur und will das Land bei juristischen Auseinandersetzungen mit dem Bund nicht unterstützen.

Die Ministerpräsidentin hatte am vergangenen Dienstag erklärt, sie habe in Gesprächen mit K+S erwirkt, dass der Umweltausschuss zunächst vertraulich mit den von der TLZ veröffentlichten, aber unautorisierten Vertragskopien arbeiten könne.

Der Koalitionspartner SPD kritisierte Lieberknecht, die den Eindruck erweckt habe, der Ver-

trag könne eingesehen werden. Der Konzern könne aber selbst am besten für Aufklärung sorgen, indem er die Geheimhaltung aufhebe und zumindest das Parlament über die Vertragsinhalte informiere, so der Energiepolitiker Frank Weber.

Vertragskopie unter: www.tlz.de/Kali-Vertrag

Eine klare Absage an die Zeitumstellung

Leser-Votum gegen Sommerzeit – Wiederhall bei der Politik

■ Von Gerlinde Sommer

Weimar/Erfurt. Das Thema bewegt viele Thüringer: Weit mehr als 800 Anrufer meldeten sich an einem einzigen Tag bei der TLZ-Umfrage zur Sommerzeit. Das Ergebnis war eindeutig: 90,41 Prozent sprachen sich gegen die Zeitumstellung aus; 9,55 Prozent wollen die Sommerzeit beibehalten; 0,24 Prozent der Anrufer war es egal. Sommerzeit abschaffen: Das ist eine Idee, die mittlerweile große Kreise zieht. Nur die Umsetzung scheint schwierig.

Es gibt mittlerweile auf politischer Ebene Vorstöße gegen das Drehen an der Uhr. So hat jüngst die FDP-Fraktion im Stuttgarter

Landtag einen Antrag gestellt, der aber bisher noch nicht behandelt wurde. Auch die Thüringer FDP erachtet die Zeitumstellung als wenig sinnvoll. Einst sollte sie helfen, Energie zu sparen. Dieses Ziel aber wurde nicht erreicht, macht Thomas L. Kemmerich deutlich. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion in Thüringen will sich aber nicht auf die Normalzeit, die im Winter gilt, festlegen. Er könne sich auch gut vorstellen, dass die Sommerzeit durchgängig bliebe.

Auch Henry Worm, energiepolitischer Sprecher der CDU im Landtag, sieht die Zeitumstellung kritisch. Ob Sommer- oder Winterzeit zur Normalzeit

werden sollte, lässt er offen. Unabhängig voneinander machen beide Politiker im TLZ-Gespräch aber deutlich, dass es an der Zeit sei, nicht mehr an der Uhr zu drehen. Ob Landwirte, Schüler oder Schichtarbeiter: Viele nehmen die Zeitumstellung im Frühjahr und Herbst als negativ wahr. Zugleich betonten die beiden Politiker, dass eine Veränderung bei der Zeitfrage allenfalls auf EU-Ebene entschieden werden könne. Die Auswirkungen wären weltweit.

Der Arzt Hubertus Hilgers hatte bereits mit einer offenen Petition zur Abschaffung der Sommerzeitverordnung aufgerufen. Dafür hatte er fast 56 000 Unterstützer gefunden.

Anzeige

egapark Erfurt

du und dein garten

4.-6. April 2014 | täglich 9-18 Uhr

Jetzt neu: mit großem Bio-Spezialmarkt

Alles für eine starke Stadt.
www.stadtwerke-erfurt.de | www.egapark-erfurt.de

Aktuelle Börseninfos: www.tlz.de/boerse

4 194496 401109